

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

F/XXIII/88

Bonn, den 10. Mai 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

Mit zur Wahrheit und Offenheit

30

Das Wahlergebnis von Baden-Württemberg  
und seine Konsequenzen für die SPD

ZUR DOKUMENTATION

2 - 5

13 x Dorn

154

Was der FDP-Notstandsexperte vor drei Jahren zu sagen wußte.

5

EWG und Pressekonzentration

26

Die Europäischen Gemeinschaften verfügen über keine Mittel,  
gegen die Pressekonzentration anzugehen

6

Blick auf Schweden

47

Zu einer Ausstellung in Frankfurt

\* \* \*

Zur Zeit verantwortlich Albert Exler

Mut zur Wahrheit und Offenheit

Das Wahlergebnis von Baden-Württemberg  
und seine Konsequenzen für die SPD

sp - Einige Tage nach dem für die SPD so bedrückendem Ergebnis der Landtagswahl in Baden-Württemberg, hatte mancher Ortsverein der SPD in diesem Lande die Aufnahme neuer Mitglieder zu verzeichnen, verbunden mit einer gesteigerten Aktivität der bisherigen Mitglieder. Bei den SPD-Sekretariaten trafen viele Briefe ein, aus denen die Sorge über die weitere Entwicklung der SPD sprach, aber auch Briefe, die diese große Partei ermuntern, alles zu tun, um die Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit als Gemeinschaft wieder zurückzugewinnen. Was würde, so fragen sich heute viele Männer und Frauen, aus der deutschen Demokratie, käme die Sozialdemokratie zu irreparablen Schaden? Dem deutschen Volk ist in diesem Jahrhundert eine Schwäche dieser traditionsreichen Partei niemals gutbekommen. Es mußte dafür schreckliche Preise entrichten.

Die Ursachen der SPD-Wahlniederlage in Baden-Württemberg - auch die CDU hat einen Stimmenrückgang erlitten, was oft übersehen wird - lassen sich nicht auf einen Nenner zurückführen. Viele Faktoren wirkten hier mit. Die Berufung auf die Große Koalition als die angebliche Hauptursache für den SPD-Mißerfolg hält einer genauen Überprüfung nicht stand, wird doch die jetzige Bundesregierung von der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes günstig beurteilt. Die Sozialdemokraten haben es nur nicht verstanden, vielleicht aus falscher Bescheidenheit heraus, ihre große Leistungen ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rufen, eine Unterlassungssünde, die der gründlichen Korrektur bedarf.

Die Sozialdemokratie sieht in schweren Rückschlägen kein Naturgesetz, sie betrachtet sie als Aufforderung, sich mit besserem Rüstzeug zu wappnen. Gewiß es mag in dieser Partei auch Verzagte und Mißnutige geben und gewiß auch manche, denen die Jahre in der Opposition als wiederholenswert erscheinen. Doch sie irren sich gründlich. Über sie ist die Zeit hinweggegangen, sie werden den Weg dieser Partei nicht beeinflussen.

Die Sozialdemokratie mag in einer Schlecht-Wetterecke stecken. Das wird nicht so bleiben. Gerade in Stunden des Mißmutes, des Zornes, der Enttäuschungen und des Mangels an Vertrauen liegt auch die Chance des Heils. Die SPD weiß, was sie dem deutschen Volk schuldig ist, was ihm zum Wohle, zu seinem Frieden und zu seiner Sicherheit dient. Sie geht einem Prozeß der kritischen Selbstüberprüfung entgegen und es kann nicht alles so bleiben, wie es vor Baden-Württemberg war. Zwischen heute und der nächsten Bundestagswahl liegt eine Zeit des ständigen Bemühens, Schlacken abzuwerfen, Unbrauchbares wegzuwerfen, Überlebtes durch Neues zu ersetzen und die Partei und deren Gliederungen auf den Kurs festzulegen, wie ihn die Beschlüsse des Nürnberger Parteitages bestimmten. Das wird nicht ohne Konsequenzen bleiben, doch sind sie unerlässlich, um die SPD als den stärksten Faktor der deutschen Demokratie zu erhalten.

ZUR DOKUMENTATION

13 x Dorn  
-----

Was der FDP-Notstandsexperte vor drei Jahren zu sagen war

- \* Für die Kundgebung der Sternmarschteilnehmer nach Bonn am
- \* 11. Mai ist auch der Notstandsexperte der Freien Demokraten,
- \* Wolfram Dorn, als Redner angekündigt. Aus diesem Grunde veröf-
- \* fentlichen wir heute einige Zitate aus den Reden des FDP-Politi-
- \* kers, die dieser in der 190. und 192. Sitzung des IV. Bundesta-
- \* ges am 16. und am 24. Juni 1965 gehalten hat. Wenn die SPD der
- \* damals von Dorn verfolgten Linie gefolgt wäre, die nicht voll-
- \* befriedigenden Entwürfe anzunehmen, gäbe es heute keine verbes-
- \* serteten Vorlagen, gäbe es aber auch keine Möglichkeit mehr für
- \* Herrn Dorn, sich am Samstag vor den Gegnern der Notstandsgeset-
- \* ze in Szene zu setzen. Die Dorn-Zitate bedürfen keines Kommen-
- \* tars, sie sprechen für sich:

1. Lassen Sie mich zu Beginn meiner Ausführungen sagen, daß wir Freien Demokraten bereit sind, unsere Zustimmung zu der jetzt vorliegenden ausgearbeiteten Entwurfsfassung des Rechtsausschusses zu geben. Wir sind der Überzeugung, daß hier ein Höchstmaß an Freiheit, an Recht und Souveränität für unseren Staat durch die Ausschlußbeschlüsse erreicht worden ist und daß das allein Grundlage der Betrachtung, der Zustimmung oder Ablehnung eines solchen Gesetzesentwurfes für uns sein kann.

2. In der Diskussion vor allen Dingen außerhalb dieses Hauses ist nun eine Argumentation geführt worden, als ob die Verabschiedung des Notstandsgesetzes bereits der Beginn der Staatskrise wäre, als ob die Beratung und Verabschiedung dieses Gesetzes bereits das Ende der Demokratie in unserem State sichtbar geworden wäre. Der Eindruck mancher Diskussionen außerhalb dieses Hauses war, wir wollten die Demokratie mit der Sicherung der demokratischen Rechte auch für den Notstand abschaffen. Anstatt alle Kräfte einzusetzen, um diese demokratischen Rechte zu erhalten und zu sichern, ist man in demagogischer Weise gegen die Beratung und gegen die Zuständigkeiten der parlamentarischen Gremien angegangen. Nur Demokratien brauchen Notstandsgesetze. Alle anderen Staaten, vor allen Diktaturen, haben bereits den permanenten Notstand, so daß man in diesen Staaten über die hier anstehende Regelung der gesetzlichen Probleme natürlich nicht zu sprechen hat.

3. So wundert man sich denn auch nicht, wenn man die politische und die geistige Verwandtschaft des Herrn Professors Abendroth und des Herrn Otto Brenner kennt, daß Herr Brenner in seinem "Spiegel"-Gespräch - in "Spiegel" vom 9. Juni (1965) veröffentlicht - sagte, man solle nicht in einer Zeit, in der wir erst versuchen, die Demokratie zu festigen und auszubauen, durch Notstandsgesetze helfen, dieses Fundament der Demokratie zu zerstören. Mit einer solchen Auffassung wird das Vertrauen in das Parlament und in die parlamentarische Demokratie in einer Form in Mißkredit gebracht, die man nicht widerspruchslos hinnehmen kann.

4. Würden wir dem folgen, was Herr Kollege Erler in einer Fülle von Punkten dargetan hat, könnte man eigentlich zu dem Ergebnis kommen, der Deutsche Bundestag habe versagt, zumindest alle Fraktionen außer der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Aber ich glaube nicht, daß man die Dinge so betrachten kann, daß man erklärt: Wir Sozialdemokraten haben bereits 1960, 1962 und 1964 gesagt, was wir wollten; wir haben damals zehn oder wer weiß wie viele Punkte aufgeführt, und wenn ihr diese Punkte nicht erfüllt habt, dann seid ihr schuld daran, daß diese Gesetzgebung nicht zustandkommen kann. Eine solche einseitige parteipolitische Begründung kann man doch hier im Ernst einfach nicht vortragen!

5. Lassen Sie mich nun etwas zu der Demagogie sagen, mit der die Gegner dieses Gesetzes in der Öffentlichkeit gearbeitet haben. Die Gegner der Notstandsgesetzgebung waren viel weniger pingelig in der Wahl ihrer Mittel, die Parlamentarier und die Fraktionen anzugreifen.

6. Aber das Entscheidende ist ja, was in einem solchen Flugblatt steht, mit dem man zu einer derartigen Veranstaltung einlädt. Da heißt es expressis verbis:

- \* Notstand - das bedeutet: Sie dürfen nicht mehr sagen, was Sie
- \* meinen. Ihre Zeitung wird zensiert. Sie dürfen ausländische
- \* und bestimmte deutsche Sender nicht mehr abhören. Der Lehr-
- \* stoff wird Schulen und Universitäten diktiert. Ihr Auto wird
- \* beschlagnahmt. Sie bekommen wieder Lebensmittelkarten. Streik
- \* wird bestraft. Sie werden der uneingeschränkten Kommandogewalt
- \* des Arbeitgebers unterstellt. Der Staat wird Ihnen vorschrei-
- \* ben, welchem Verein Sie angehören und an welchen Versammlun-
- \* gen Sie teilnehmen müssen. Wahlen werden abgeschafft.

Wer so argumentiert, verliert jede Glaubwürdigkeit, daß es ihm um die Demokratie gehe. - Lassen Sie es sich noch deutlicher sagen: Diese Demagogie ist die Sprache des Dr. Goebbels.

7. Herr Professor Ridder erklärte:

- \* Ich gehe auch zu solchen Veranstaltungen, einfach weil man kei-
- \* ne Befürworter der Notstandsgesetze als Partner zu Diskussionen
- \* mehr bekommt.

Derselbe Professor Ridder hat am 18. Februar mit den Kollegen Schmitt-Vockenhausen, Dr. Even und mir von den Studenten der Universität Bonn diese Diskussion geführt. Der Leiter dieser Diskussion mußte zum Schluß der Veranstaltung feststellen, es sei für ihn überraschend, mit wie wenig Sachkenntnis die Professoren in diese Diskussion eingestiegen seien. In einer solchen Situation ist es nach meiner Meinung wichtig, diejenigen, die aus politischen, gefühlsbetonten oder welchen Gründen auch immer gegen jede Art von Notstandsgesetzgebung sind, und das auseinanderzuhalten, was hier an politischer Verantwortung für diesen Staat von den Männern und Frauen in diesem Parlament getan wird.

8. Die Gegner der Notstandsgesetze werden mit Sicherheit den Beschluß der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion dieser Legislaturperiode, dieser Regelung nicht mehr zuzustimmen, begrüßen. Ich bin aber

der Meinung, daß eine Situation eingetreten ist, die uns auf unbestimmte Zeit die alliierten Vorbehaltsrechte beläßt. Die Alternative, die draußen vielfach völlig falsch dargestellt wird, lautet ja nicht: "Notstandsrecht oder Rechtsstaat", sondern die Alternative lautet: Notstandsrecht in der Form der Durchführung der Alliierten oder Notstandsrecht so, wie wir es uns in einer freiheitlichen Demokratie vorstellen.

9. Wir Freien Demokraten halten 20 Jahre nach Kriegsende die Ablösung der alliierten Vorbehaltsrechte und die Einführung einer deutschen Gesetzgebung auch für den Fall des Notstands für nicht mehr länger aufschiebbar. Wenn eine Zustimmung der Alliierten für die Ablösung aller Vorbehaltsrechte nicht erreichbar ist, so liegt es in unserem Interesse, auf jeden Fall eine demokratische und rechtsstaatliche Notstandsverfassung für diejenigen Bereiche zu schaffen, für die die Alliierten zustimmen.

10. Die Frage des Streikrechts war das dritte Problem, das in der Auseinandersetzung hier bis zum Schluß, bis in die interfraktionellen Besprechungen hinein, eine große Rolle gespielt hat. Zu dieser Frage haben wir zu sagen: Wir sind überzeugt davon, daß ein großer Teil der Arbeitnehmer für unsere bereits in der ersten Lesung dargelegte Auffassung Verständnis hat, daß für die Dauer des äußeren Notstandes, d.h. für die Dauer des Krieges, der militärischen Auseinandersetzung, das Streikrecht ruhen sollte. Wir halten es nicht für vertretbar, das Streikrecht auch noch für eine Zeit zu statuieren, in der besondere Verpflichtungen für jeden einzelnen in unserem Volk denkbar sind und Wirklichkeit werden.

11. Ohne Zweifel ist in den letzten Wochen und Monaten durch die Gewerkschaftskreise ein erheblicher Druck auf die Vorstellungen der SPD ausgeübt worden. Wenn man daran denkt, daß rund 160 Abgeordnete der SPD-Fraktion gewerkschaftlich organisiert sind, kann man sich vorstellen, daß hier auch die sozialdemokratische Bundestagsfraktion vor einer schwierigen Entscheidung stand. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß auch die SPD-Abgeordneten nur ihrem Gewissen verpflichtet und nicht den Forderungen der Träger des DGB nicht gebunden sind. In diesem Zusammenhang ist es interessant, eine Reihe von Stellungnahmen außerparlamentarischer Kreise bekanntzugeben. Der DGB hat am 3. Juni dieses Jahres an die Abgeordneten dieses Hauses geschrieben:

- \* Der DGB und die in ihm zusammengeschlossenen Industriegewerkschaften lehnen jede gesetzliche Regelung des Notstandes eindeutig ab.
- \* Aus der Sorge um die freiheitliche demokratische Substanz unserer staatlichen Ordnung und zum Schutz unserer Demokratie wurde dieser Beschluß gefaßt.

Wer das so schreibt, hat entweder das, was jetzt beschlossen werden soll, nicht gelesen, oder er ist nicht in der Lage, es richtig zu interpretieren.

12. Wo immer die Freiheit bedroht ist, hat der politische Liberalismus eine kämpferische Aufgabe. Diese Aufgabe haben wir auch und gerade bei der Beratung dieses Gesetzes wahrgenommen. Sonst würde das Gesetz nicht so aussehen, wie es uns jetzt annehmbar erscheint.

13. Wir Freien Demokraten sind bereit, die Verantwortung für das zu tragen, was mit unserer entscheidenden Stimme beschlossen wird. Denn noch haben Sie die Mehrheit, auch wenn Sie soeben darstellten, was Sie alles durchgesetzt haben, Herr Erler; noch sind Sie darauf angewiesen, in den Ausschüssen und in diesem Hause jemanden zu finden, der für die sachliche Entscheidung, die ansteht, die Mehrheit bringt. - Wir sind bereit, diese Verantwortung zu tragen.

Wir sind aber nicht bereit - das sollten Sie an dieser Stelle sehr deutlich hören -, jemanden aus dieser parlamentarischen Verantwortung zu entlassen, wie Sie zur Zeit versuchen, sich in letzter Stunde aus dieser Verantwortung hinwegzuschleichen, nachdem wir zu einem guten Verhandlungsergebnis gekommen waren.

In dieser Gesetzesvorlage ist die freiheitliche Verfassung auch für die Stunde der Not garantiert, die Rechtsstaatlichkeit auch für die Krisenzeit gesichert. Meine Damen und Herren von der SPD, es gibt keinen Grund, das Ja zu verweigern, wenn man die Demokratie auch in der Notzeit sichern will.

+ + +  
EWG und Pressekonzentration

Die Europäischen Gemeinschaften verfügen über keine Mittel,  
gegen die Pressekonzentration anzugehen

sp - Die Institutionen der Europäischen Gemeinschaft verfügen über keine Möglichkeiten, die Konzentration politischer Macht im Zeitungswesen zu überwachen und gegebenenfalls zu verhindern. Wie die Kommission der Europäischen Gemeinschaften in Beantwortung einer schriftlichen Anfrage eines niederländischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments erklärte, haben die Artikel 85 und 86 des EWG-Vertrages lediglich zum Gegenstand, eine Verfälschung des Wettbewerbes innerhalb des Gemeinsamen Marktes zu verhindern und zu diesem Zweck wirtschaftliche Macht unter Kontrolle zu halten.

Die Erhaltung einer unabhängigen und vielseitigen Tagespresse gehört jedoch - nach Ansicht der Kommission - zu den wichtigsten Pflichten einer modernen Demokratie. Über ihre Erhaltung zu wachen, ist Aufgabe derjenigen Institutionen der Mitgliedsstaaten, die die demokratischen Freiheiten und Rechte zu wahren und zu schützen haben. Soweit die EWG die Aufrechterhaltung einer möglichst differenzierten Tagespresse fördern kann, hat sie beschlossen, den gemeinsamen Zolllarif für Zeitungsdruckpapier für 1968 im Rahmen eines Gemeinschaftskontingents von 750.000 t auszusetzen. Seit 1961 erhielten die Bundesrepublik und Frankreich, die ihr Zeitungsdruckpapier vorher zollfrei einfuhrten, jährlich zollfreie Einfuhrkontingente, die zur Deckung ihres jeweiligen Bedarfs ausreichten. - Bei dem gegenwärtigen Stand der Steuerharmonisierung meint die Kommission, daß sie es den Mitgliedsstaaten überlassen soll, zu bestimmen, inwieweit die Gewährung weiterer Vergünstigungen auf dem Gebiet der Umsatzsteuern und ähnlicher Lasten ein geeignetes Mittel bilden kann, um eine möglichst differenzierte Tagespresse aufrechtzuerhalten.

## Blick auf Schweden

### Zu einer Ausstellung in Frankfurt

sp - In Frankfurt am Main ist noch bis zum 11. Mai eine Ausstellung "Blick auf Schweden" geöffnet, die mit Unterstützung der schwedischen Botschaft in Bonn, durch die Hessische Landesbank und die Deutsche Unionsbank durchgeführt wird. Dabei sind besonders die Informationen bemerkenswert, die die Ausstellung "Idee und Produkt" vermittelt. Hier erhält der Besucher einen guten Einblick in die wissenschaftlich-technischen Leistungen des hoch industrialisierten Schwedens und die Verknüpfungen, die in dieser Beziehung zwischen der Bundesrepublik und Schweden bestehen.

Obgleich Schweden nur annähernd acht Millionen Einwohner hat, hat es in Lebensstandard und wissenschaftlich-technischer Leistung Weltmaßstab. Mit einem Brutto-Sozialprodukt von 17.000 Kronen pro Einwohner im letzten Jahr liegt Schweden hinter den USA auf dem zweiten Platz in der Welt. 18,4 Prozent des gesamten Brutto-Sozialprodukts von 130 Milliarden Kronen im letzten Jahr gingen in den Export. Dieser Prozentsatz ist der höchste der Welt.

Mit 498 Fernsprechan Schlüssen für tausend Einwohner und einem Verbrauch von 6.400 Kilowattstunden elektrischer Energie 1967 hat Schweden auch den ersten Platz in der Welt. Hinsichtlich der Fernsehgeräte mit 268 und der Personenkraftwagen mit 238 auf 1.000 Einwohner liegt Schweden nach den USA an zweiter Stelle.

In die deutsche Bundesrepublik exportierte das skandinavische Königreich im vergangenen Jahr für 3,554 Milliarden Kronen und sein Import machte hier 2,167 Milliarden Kronen aus. Im Hintergrund dieses Handels stehen auch die schwedischen Industriebeteiligungen in der Bundesrepublik. An 180 Firmen Westdeutschlands ist das schwedische Kapital mit 570 Millionen Mark beteiligt. 62 Prozent davon stecken in der Metall- und Maschinenbauindustrie.

Einige Daten der Ausstellung in Frankfurt beleuchten auch die Spitzenstellung Schwedens in speziellen Sektoren. Die nordschwedischen Erzgruben sind der größte Eisenerz-Exporteur der Welt. Das neue Kampfflugzeug Viggen, ein Milliardenprojekt, das jetzt in die Produktion geht, gehört zu den militärischen Spitzenerzeugnissen. In der Produktion von Kugellagern hat Schweden eine beherrschende Stellung. - Die Meßtechnik Schwedens ist ganz hervorragend entwickelt, wobei es um Geräte für die Landvermessung, um Höhenmessungen nach dem Laser-Prinzip und Geräte geht, die der Molekül-Messung unbekannter Substanzen dienen. Schweden brachte jetzt ein Gerät für Großkrankenhäuser auf den Markt mit dem 3.000 Blutanalysen pro Stunde durchgeführt werden können.

Im Laufe der letzten Jahre hat Schweden sich zur zweitgrößten Schiffbauation der Welt heraufgearbeitet. In der Produktion von Zentrifugen aller Art und Turbinen besitzt Schweden gleichfalls Welttrug. Seine Atom-Industrie für friedliche Zwecke ist weit entwickelt. Es liefert Verkehrssteuerungssysteme für Großflughäfen und numerisch gesteuerte Werkzeugmaschinen. Spezialkameras sind überall bekannt und in der Herstellung fotografischer Papiere gibt es gleichfalls die schwedische Spitzenstellung.